



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Haupt- und Finanzausschuss -

## Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 8. Februar 2017

Vorlagen-Nr. 16-F-02-0039

### **Mehr Sicherheit für Wiesbaden - Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 -**

Im Mai 2013 hat die Stadtverordnetenversammlung die Einführung eines auf vier Jahre angelegten Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes beschlossen. Im Rahmen dieses Projektes, welches am 30. April 2017 endet, wurde der befristeten Einstellung von 25 zusätzlichen Ordnungskräften zugestimmt. Im März 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung eine Evaluation zur Kenntnis genommen die gezeigt hat, dass für die effiziente Aufgabenerfüllung des Ordnungsamtes die Weiterbeschäftigung der zusätzlichen Ordnungspolizeibeamten unerlässlich ist. Die Evaluation hat außerdem gezeigt, dass kein Sachgrund für die Befristung der Stellen vorliegt. Mittlerweile wurden bereits drei Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Damit die Mitarbeiter noch vor Weihnachten Gewissheit über ihre berufliche Zukunft haben und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden, sollten die Verträge aller Mitarbeiter entfristet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Verträge der verbleibenden 22 Mitarbeiter des „Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes“ werden zum 1. Mai 2017 entfristet. Die Mitarbeiter werden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die dafür nötigen Planstellen zu besetzen und - wenn nötig - neue Planstellen beim Ordnungsamt zu schaffen. Dies soll so geschehen, dass eine nahtlose Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter garantiert ist.
3. Die Finanzierung für die Übernahme aller 25 Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeits-verhältnis auf Planstellen erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft. Das erforderliche Budget wird Dezernat VII ab dem Haushaltsjahr 2018 dauerhaft zugesetzt. Die Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2017 werden einmalig durch die Allgemeine Finanzwirtschaft gedeckt.

---

### **Änderungsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 15.12.2016**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ergänze nach Beschlussziffer 3:

4. Zur besseren Dokumentation der Umsetzung und der erfolgreichen Einsetzung der zusätzlichen Ordnungskräfte ist im Rahmen der bestehenden Systeme eine Berichtstruktur aufzubauen. Diese soll eine konkrete Zuordnung von Kosten und Einnahmen sowie die Entwicklung der Fallzahlen und Personalkosten ermöglichen.

**Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0510 vom 15.12.2016:**

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 betr.

Mehr Sicherheit für Wiesbaden

wird wie folgt angenommen:

1. Die Verträge der verbleibenden 22 Mitarbeiter des „Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes“ werden zum 1. Mai 2017 entfristet. Die Mitarbeiter werden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die Ziffern 2 und 3 und die ergänzte Ziffer 4 werden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen:

2. Der Magistrat wird beauftragt, die dafür nötigen Planstellen zu besetzen und - wenn nötig - neue Planstellen beim Ordnungsamt zu schaffen. Dies soll so geschehen, dass eine nahtlose Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter garantiert ist.
3. Die Finanzierung für die Übernahme aller 25 Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeits-verhältnis auf Planstellen erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft. Das erforderliche Budget wird Dezernat VII ab dem Haushaltsjahr 2018 dauerhaft zugesetzt. Die Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2017 werden einmalig durch die Allgemeine Finanzwirtschaft gedeckt.
4. Zur besseren Dokumentation der Umsetzung und der erfolgreichen Einsetzung der zusätzlichen Ordnungskräfte ist im Rahmen der bestehenden Systeme eine Berichtstruktur aufzubauen. Diese soll eine konkrete Zuordnung von Kosten und Einnahmen sowie die Entwicklung der Fallzahlen und Personalkosten ermöglichen.

---

**Beschluss Nr. 0039**

1. Die Ziffer 2 des Antrags der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 betr. Mehr Sicherheit für Wiesbaden wird angenommen.
2. Die Ziffer 3 wird in der folgenden Fassung angenommen:  
Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Deckung im Jahr 2017 im Haushaltsvollzug sichergestellt ist. Das Budget des Dezernats VII wird nicht belastet. Konkrete Vorschläge für die Abwicklung in den Folgejahren werden spätestens zu den Haushaltsplanberatungen 2018/2019 vorgelegt.
3. Die Ziffer 4 wird abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2017

Belz  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2017

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .02.2017

Dezernat VII  
in Verbindung mit  
Dezernat III und  
Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich  
Oberbürgermeister